

Schweiz

## Sprachlicher Röstigraben: «Der Sprachfrieden ist bedroht» – Sie kämpfen gegen den Einfluss des Schweizerdeutschen

**Ein Sprachgesetz soll Freiburger Gemeinden die Zweisprachigkeit ermöglichen. Antoine Geinoz und Alexandre Papaux fürchten: Das bedeutet die Verdeutschschweizerung des Kantons.**

Benno Tuchs Schmid, Nicole Philipp

Antoine Geinoz und Alexandre Papaux setzen sich für die französischsprachige Mehrheit im Kanton Freiburg ein.

Der Sprachfrieden im Kanton Freiburg wird durch ein neues Gesetz zur kommunalen Zweisprachigkeit bedroht, sagt ein frankofoner Verein. Französischsprachige befürchten eine Verdeutschschweizerung. Das geplante Gesetz ermöglicht Gemeinden mit zehn Prozent Sprachminderheit die offizielle Zweisprachigkeit. Staatsrat Didier Castella sieht darin Chancen für den Kanton als Brücke zwischen den Sprachregionen.

Im Dorfzentrum von Charmey verkauft die Molkerei Gruyère-Käse, Meringues und Crème-Double. Mehr Freiburg geht nicht.

Doch in einem schmucken Chalet ausserhalb des Dorfes sehen zwei ehemalige Entscheidungsträger kantonale Selbstverständlichkeiten in Gefahr, die für sie so untrennbar zum Kanton gehören wie die regionalen Spezialitäten.

Ein neues Sprachgesetz will den Röstigraben verschieben. Auf Kosten des Französisch, zugunsten des Schweizerdeutsch. Antoine Geinoz sagt: «Der Sprachfrieden in unserem Kanton ist bedroht.»

Der 66-Jährige war einst Generalsekretär der kantonalen Gesundheitsdirektion und hat an der aktuellen Kantonsverfassung mitgearbeitet. Neben ihm sitzt der ehemalige Freiburger Kantonsrichter Alexandre Papaux. Der 67-Jährige ist Autor mehrerer Publikationen über Sprachrecht.

Die beiden sind Präsident und Vize eines Vereins, der sich seit den 80er-Jahren für die Französischsprachigen einsetzt: Communauté Romande du Pays de Fribourg. Sie schreiten ein, wenn die französische Sprache bedroht wird. Als die Stadt Freiburg kürzlich ein zweisprachiges Logo einführte, meldeten sich Geinoz und seine Kollegen zu Wort.

Vor sich haben die beiden Herren farbige Mäppchen, Notizblöcke und geheftete Rechtsgutachten. Es ist ihr intellektuelles Mise en Place im Kampf gegen ein neues Sprachengesetz, das die Regierung des Kantons Freiburg gerade erarbeitet – und das für viele rote Köpfe sorgt.

### Sprachgesetz will Zweisprachigkeit in Gemeinden ermöglichen

Das Gesetz will auf kommunaler Ebene die Zweisprachigkeit verankern und fördern. Heute haben 120 der 121 Freiburger Gemeinden eine einzige Amtssprache. Neu sollen Gemeinden mit einer signifikanten Sprachminderheit offiziell zwei Amtssprachen einführen können. Was für manche harmlos klingt, ist für Geinoz etwa so, als müsste die Dorf-Molkerei in Charmey plötzlich Basler Lächerli oder Appenzeller Käse verkaufen.

Er sagt: «Ein frankofones Gebiet zweisprachig zu machen, bedeutet, es zu verdeutschschweizern.»

Der Kanton Freiburg ist seit Jahrhunderten Frontland im Sprachenstreit. Der Röstigraben verläuft entlang der Saane durch den Kanton – und trennt die Gemeinden in deutsch- und französischsprachige.

Während die Sprachblöcke geografisch seit Jahrhunderten stabil sind, haben sich die Machtverhältnisse verändert. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts dominiert Französisch. Kantonsweit spricht rund ein Viertel der Bevölkerung Deutsch.

Bisher galt das Prinzip: Man lebt nebeneinander – aber nicht allzu sehr untereinander.

Die aktuelle Verfassung aus dem Jahr 2004 legt die Zweisprachigkeit des Kantons fest und sieht ein Sprachengesetz vor. Doch seither verschwanden immer wieder Gesetzesentwürfe in der Schublade, weil das Thema als politisch heikel und Gefahr für den Sprachfrieden galt.

Anderswo ist die Zweisprachigkeit Markenzeichen. Die offiziell zweisprachige Stadt Biel im Kanton Bern verzeichnet ein Bevölkerungswachstum – weil viele Romands die Zweisprachigkeit als Vorteil sehen; insbesondere Familien, die ihren Kindern Zweisprachigkeit ermöglichen wollen.

### «Man kann die Zweisprachigkeit nicht befehlen»

Geinoz und Papaux beobachten diese Entwicklung. Sie wollen nicht als Betonköpfe wahrgenommen werden und betonen den Unterschied zwischen individueller und institutioneller Zweisprachigkeit. Papaux sagt: «Wir finden es super, wenn Familien zwei- oder mehrsprachig sind. Und wir sind dagegen, dass der Unterricht von Landessprachen reduziert wird, wie in gewissen Deutschschweizer Kantonen. Aber die institutionelle Zweisprachigkeit hat nichts mit dem Erlernen von Sprachen zu tun.»

Es gehe hier um die offizielle Sprache der Behörden. Geinoz ergänzt: «Man kann Menschen die Zweisprachigkeit nicht befehlen. Und schweizweit ist Französisch eine Minderheitensprache, die immer stärker unter Druck ist und die es zu schützen gilt.»

Antoine Geinoz und Alexandre Papaux befürchten, dass das Freiburger Sprachengesetz eine bilinguale «Elite» kreiert.

Die Liste der negativen Auswirkungen ist gemäss Geinoz und Papaux lang. Erhebliche Zusatzkosten für die Übersetzungen sämtlicher Akten, zweisprachige Debatten, doppelte Beschilderung, zweisprachige Behördenkommunikation. Diese Kosten würden im Gesetzesentwurf nicht beziffert.

Demokratisch problematisch sei, dass nicht zweisprachige Bürgerinnen und Bürger – darunter viele Eingebürgerte und Ausländer mit Stimmrecht – aus der lokalen Politik gedrängt würden. Es entstünde eine bilinguale «Elite», die die Gemeinden regierten. Geinoz sagt: «Wer nicht zweisprachig ist, verliert an Macht.»

Besonders stört ihn am Gesetzesentwurf eine Zahl: 10 Prozent. Das Gesetz sieht vor, dass Gemeinden mit einer Sprachminderheit von 10 Prozent die Anerkennung von zwei offiziellen Sprachen beantragen können. Gemäss Geinoz ein willkürlich tiefer Wert, der nirgends in der Schweiz existiere und der dafür Sorge, dass ein «künstlicher» institutioneller Bilingualismus vor allem frankofonen Gemeinden übergestülpt werde, während es in heute deutschsprachigen Gemeinden kaum Anpassungen geben werde.

## **Regierungsrat: Gegner von Sprachgesetz «laute Minderheit»**

Verantwortlich für den Gesetzesentwurf ist der Freiburger Staatsrat Didier Castella (FDP). Er sagt, man habe verschiedene Szenarien durchgerechnet. Bei einer Mindestanforderung von 10 Prozent seien rund zwölf Gemeinden betroffen. Das sei eine gute Grösse. «Wir haben gewisse Ambitionen – und möchten ein Gesetz schaffen, das auch wirklich Anwendung findet.»

Castella ist zuversichtlich, was die Erfolgsaussichten der Vorlage betrifft. «Ich glaube, die Angst vor einer ›Verdeutschschweizerung‹ existiert nur noch bei einer lauten, kleinen Minderheit.»

Die Zeit sei reif für dieses Projekt. Die Mentalitäten hätten sich geändert. Das sage er als Romand. «Wenn wir Freiburg als Brücke zwischen den beiden grössten Sprachgruppen der Schweiz positionieren können, profitieren wir wirtschaftlich und kulturell.»

Bezüglich der Kosten ist Castella entspannt. Die kantonale Verwaltung sei zweisprachig und im schweizweiten Vergleich eine der kostengünstigsten. «Mit Technologien wie der künstlichen Intelligenz werden die Kosten künftig so oder so eher sinken als steigen.»

Im ersten Halbjahr 2026 soll das Gesetz laut Castella vors Freiburger Parlament kommen – und 2027 dann in Kraft treten. Wenn niemand vorher «Non» sagt.